

Protokoll

Stadtteilplenum Moabit West

Datum: 19.09.2006
Ort: Stadtschloss Moabit, Nachbarschaftstreff, Rostocker Straße 32B
Moderation: Susanne Torka, Moabiter Ratschlag
Birgit Hunkenschroer, Quartiersmanagement Moabit West
Protokoll: Jürgen Schwenzel, Moabiter Ratschlag
Teilnehmer: ca. 30 Personen

1 Berichte, Was gibt es Neues aus dem Kiez? Verschiedenes

1.1 MoViT

Harald Eschweiler stellt die Dokumentation der Arbeit von MoViT (**M**oabiter **o**rganisieren **V**eranstaltungen **i**m **T**reff) im Jahr 2005 vor. Das Projekt wird mit Mitteln aus dem Programm Soziale Stadt gefördert. MoViT hat im Jahr 2005 insgesamt 23 Veranstaltungen für und zusammen mit AnwohnerInnen aus dem Kiez durchgeführt. Interessierte können die Projektdokumentation einsehen, sie steht im 3. OG des Stadtschloss Moabit zur Einsicht zur Verfügung. AnsprechpartnerInnen für Rückfragen zur MoViT-Arbeit sind Harald Eschweiler, Renate Knöpfel und Torsten Gardei.

1.2 Förderverein Lokale Agenda 21

Rudi Blais wirbt für die zweite Fußreise durch den Tiergarten des Fördervereins Ende September. Der Förderverein Lokale Agenda 21 engagiert sich insbesondere zum Schutz des Großen Tiergartens und zur Entwicklung der Turmstraße und des sozialen Gefüges Moabits.

1.3 Ergebnis Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

Michael Böttrich, Fraktionsgeschäftsführer Bündnis 90 / Die Grünen, dankt den WählerInnen für das gute Wahlergebnis seiner Partei. Künftig werden die SPD drei, CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke / PDS je ein Bezirksamtsmitglied stellen. Neu in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hinein gekommen sind die Grauen und die WASG. Die konstituierende Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung findet am 26.10.2006 statt. Die Wahlbeteiligung in Mitte lag bei 58%, Jürgen Schwenzel weist darauf hin, dass im Gebiet um das Stadtschloss die Wahlbeteiligung noch erheblich niedriger war.

1.4 Warnung vor pädophiler Person in Moabit

Simone Seipold (Olle Burg e.V.) weist auf einen Vorfall mit einer pädophilen Person in Moabit hin. Eine Schülerin der Wartburg-Schule war im Kleinen Tiergarten belästigt worden, es kam jedoch nicht zu einer Vergewaltigung. Die Person ist einigen Leuten im Stadtteil von Angesicht bekannt. Simone Seipold fordert auf, den Vorfall bei Trägern und Kindern bekannt zu machen. Der Vorfall ist der Polizei und der Wartburgschule bekannt.

1.5 Ordnungsdienst

Lars Neuhaus (Bezirksverordneter SPD-Fraktion) berichtet, dass in der Politik das Thema Ordnungsdienst weiter diskutiert wurde. Es wird beabsichtigt, dass der Ordnungsdienst künftig mehr Aufgaben in den Quartiersmanagementgebieten übernehmen soll. Die Aufgabe der Parkraumüberwachung bindet jedoch viele Kräfte des Ordnungsdienstes. Eine Aufstockung des

Personals ist nicht möglich. An den politischen Diskussionen der Bezirksverordneten haben sich insbesondere SPD und Bündnis 90 / Die Grünen beteiligt.

1.6 Hinweis auf falsche Pressedarstellung

Norbert Onken distanziert sich ausdrücklich von einer Darstellung der Zeitung BZ. In deren Berichterstattung zur Aktion am Einschulungstag wegen der fehlenden Busverbindung im Norden Moabits wurde er als Leserreporter der BZ dargestellt. Norbert Onken stellt hierzu fest, dass er persönlich mit der BZ nicht einmal über das Thema gesprochen hat.

1.7 Ausblick Oktober Plenum

Im Oktober sind u.a. Berichte von Schlupfwinkel, BOA, zum Reparaturführer und aus dem Quartiersrat vorgesehen. Hauptthema ist die anstehende Entlassung des Sanierungsgebietes Beusselstraße und die Fortführung der Bürgerbeteiligung.

2 Bezirk Mitte derzeit ohne zweiten Arbeitsmarkt – Auswirkungen auf die Stadtteilarbeit

Situation Träger

Viele beschäftigungswirksame Maßnahmen im Bezirk Mitte laufen derzeit aus. Seit dem Sommer verlängert das Jobcenter jedoch keine Maßnahmen und legt keine neuen Projekte auf. Dies war Anlass, die Auswirkungen im Stadtteil zusammenzutragen und mit dem Jobcenter zu diskutieren. Birgit Hunkenschroer bittet zunächst VertreterInnen von Einrichtungen der Stadtteilarbeit um die Darstellung ihrer Situation.

Helmut Rösener, Quartiersmanagement Moabit West, teilt mit, dass auch das Quartiersmanagement betroffen ist. Das Kiezläufer-Projekt läuft noch bis Oktober, nach dem aktuellem Stand wird es nicht verlängert. Die Kiezläufer haben Schäden im öffentlichen Raum aufgenommen, sich um Vermüllungen gekümmert, Plakatierungsaktionen durchgeführt. Das Quartiersmanagement ist Einsatzstelle der Kiezläufer, Trägerorganisationen sind Schildkröte und A&Qua (Arbeit und Qualifizierung). Der Wegfall des Projekts wirkt auch persönlich auf die eingesetzten MitarbeiterInnen: Kurz nach bekannt werden der Situation erkrankten Mitarbeiter, sie empfinden dies als eine Missachtung des Werts ihrer Arbeit und sind demotiviert im Hinblick auf ihre persönliche Zukunft.

Simone Seipold berichtet, dass Olle Burg bisher kaum mit Kräften aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gearbeitet hat, weil dies beim früheren Hauptarbeitsfeld inhaltlich nicht sinnvoll erschien. Auch war es nicht möglich, dann direkt fünf oder sechs Personen sinnvoll zu beschäftigen. Mit der Veränderung der Tätigkeitsfelder würde Olle Burg jetzt gerne eine einzelne Person im Projekt einsetzen, mit der Streichung der Förderung entfällt diese Möglichkeit.

Beatrice Stricker (Diakoniegemeinschaft Bethania) teilt mit, dass sie in Moabit keine betroffenen Projekte haben, ein Wegfall von Einsatzkräften des 2. Arbeitsmarktes ein Projekt der Diakoniegemeinschaft in direkter Nähe zum Stadtteil, jedoch auf Charlottenburger Seite stark beeinträchtigt.

Norbert Kopytziok (Moabiter Ratschlag, „Einsatz im Gemeinwesen“) entschuldigt zunächst Elke Fenster (Moabiter Ratschlag), die einen anderen Termin wahrnehmen muss. Sie hatte das Thema eingebracht und wäre am besten in der Lage gewesen, die Auswirkungen auf die Stadtteilarbeit des Stadtschlusses darzulegen. Herr Kopytziok berichtet, dass das Projekt Einsatz im Gemeinwesen von den Streichungen betroffen ist. Das Projekt hilft bei außergewöhnlichen Aufgaben anderen Projekten z.B. bei Renovierung, Umzug etc. Vier bis sechs MAE-Kräfte waren beim Projekt eingesetzt, derzeit sind es noch zwei Personen. Es fehlen zwei Personen, um das Projekt inhaltlich sinnvoll zu betreiben. Die Arbeit mit den eingesetzten Personen war anfangs sehr schwierig, doch die eingesetzten MitarbeiterInnen haben sich im Laufe der Zeit positiv entwickelt.

Rudi Blais berichtet, dass die Stellen des „Förderverein Lokale Agenda 21“ im Oktober auslaufen. Der Vereinsvorstand führt seit Monaten Gespräche wegen der Verlängerung der Stellen. Prinzipielle Bereitschaft war zwar signalisiert worden, eine Zusage gibt es aber nicht.

Rainer Dombrowski hat beim Dodohaus bisher insgesamt 16 Personen eingesetzt, die meisten Personen waren kurzfristig dabei, nur wenige auch über einen längeren Zeitraum im Einsatz.

Bericht Job-Center

Frau Ilona Conrad, stellvertretende Geschäftsführerin des Job-Center Mitte, skizziert auf Nachfrage zunächst die verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Programme:

ABM (**A**rbeits**b**eschaffungs**m**aßnahmen) sind die aus der Vergangenheit bekannte Förderform. ABM dienen der Verbesserung der Chancen der ABM-Mitarbeiter zur Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt. Die Träger der ABM erhalten von der Arbeitsagentur einen Lohnzuschuss. ABM sind zeitlich befristet, in der Regel auf ein Jahr. In Ausnahmefällen können ABM auf bis zu drei Jahre verlängert werden.

RBM ist die Abkürzung für **R**egionale **B**eschäftigungs**m**aßnahme, MAE steht für **M**ehraufwands**e**ntscheidung. Die Förderdauer beträgt maximal 10 Monate. Bei einer längeren Beschäftigungsmaßnahme gäbe es Förderketten, aus denen ein so Beschäftigter Ansprüche ableiten könnte. Die Träger von RBM und MAE erhalten vom Job-Center Gelder für die Qualifizierung der TeilnehmerInnen der Maßnahmen. Die Beschäftigten erhalten bei RBM ein monatliches Gehalt, bei MAE zusätzlich zu Hartz IV je Stunde 1,50 Euro Mehraufwandsentschädigung.

Neben diesen drei Beschäftigungsmaßnahmen finanziert das Job-Center auch Trainingsmaßnahmen, diese sind im Kontext der Auswirkungen auf die sozialen Träger nicht relevant.

Zur Einstellung des zweiten Arbeitsmarkts in Mitte im Sommer des Jahres erläutert Frau Conrad, dass die im ersten Halbjahr geförderten Maßnahmen auf Grundlage des Haushaltsplans des Job-Centers von Anfang 2006 basierten. Im Sommer 2006 trat auf Grund erheblicher Kürzungen durch die Bundespolitik ein neuer Haushalt in Kraft. Daraufhin musste der Stopp verhängt werden. Mittlerweile ist eine kleine Nachbesserung des Haushalts in Kraft getreten, einige laufende Maßnahmen konnten wieder freigegeben werden. Neue Maßnahmen werden nicht bewilligt. Die finanzielle Entwicklung des Haushalts war zum Jahresbeginn 2006 für das Job-Center nicht absehbar.

Es war von Trägern berichtet worden, dass in einzelnen Fällen Rücknahmen schon bewilligter Maßnahmen vom Job-Center erfolgt sind. Frau Conrad betont, dass solche Rücknahmen unrechtmäßig sind. Gegen einen solchen Bescheid muss binnen eines Monats ein Widerspruch erfolgen, spätere Widersprüche haben nach den rechtlichen Vorschriften keine Chance. Frau Conrad bedauert, wenn es zu solchen unrechtmäßigen Entscheidungen durch MitarbeiterInnen des Job-Centers gekommen ist, und sagt zu, sich um ihr gemeldete Fälle persönlich zu kümmern.

Von Seite der sozialen Träger werden Erfahrungen einer teilweise schlechten Motivation von TeilnehmerInnen von Maßnahmen angesprochen. Frau Conrad erläutert hierzu, dass die Kunden des Job-Centers bei Ablehnung der Teilnahme an einer Maßnahme Sanktionen befürchten müssen. Daher ist es verständlich, dass sie gegenüber dem Job-Center erklären, dass sie bei der vorgesehenen Maßnahme mitmachen. Das Job-Center ist bei negativen Erfahrungen der Einsatzstellen auf deren Rückmeldungen angewiesen. Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, dass ein Teilnehmer einer Maßnahme bei Schwierigkeiten mit einer Einsatzstelle stattdessen bei einer anderen Einsatzstelle beschäftigt werden kann.

Die Nachfrage, ob die in der Presse bekannt gewordenen erwarteten Überschüsse der Bundesagentur zur Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Programme herangezogen werden könnten, wird von Frau Conrad verneint. Es handelt sich bei den Überschüssen um Mittel der Beitragszahler, diese sind nur für ihre originären Aufgaben vorzusehen.

Die Planung für das kommende Jahr kann erst erfolgen, wenn der Haushalt für 2007 festgelegt ist, er wird zu Dezember 2006 erwartet.

Wartesituation der Kunden des Job-Center

Aus dem Plenum wird nachgefragt, wie das Job-Center mit der Situation der langen Warteschlangen auf der Berlichingenstraße angesichts des bevorstehenden Winters umgehen wird. Frau Conrad kündigt Umbaumaßnahmen des Job-Centers an, mit denen der zu kleine Eingangsbereich des Job-Centers erweitert werden soll. Mit dem Umbau sollen sieben neue Empfangstresen geschaffen werden. Vier der neuen Empfangstresen sind extra dafür eingerichtet, um den Kunden das Sozialticket für die Verkehrsbetriebe auszugeben, was viel Kundenverkehr verursacht. Eine unerwartet hohe Auslastung war auch zum Ende der Sommerferien festzustellen. Der Grund hierfür liegt in der persönlichen Rückmeldepflicht der Kunden nach einem Urlaub. Die Umbaumaßnahmen im Job-Center werden von Oktober bis Dezember 2006 dauern. Sollte es trotz der Erweiterung des Eingangsbereichs im Winter zur Schlangenbildung auf der Straße kommen, will das Job-Center nötigenfalls pragmatische Lösungen finden. Beim Job-Center Mitte besteht derzeit ein Mangel an Personal, die Zahl der Kunden wurde im Vorfeld mit 50.000 Personen um 6.000 Bedürftige zu niedrig eingeschätzt.

3 Planungsstand für die Fläche des ehemaligen Güterbahnhofs Moabit

Helmut Rösener stellt den gegenwärtigen Planungsstand dar: Es handelt sich insgesamt um die Fläche zwischen Siemensstraße, Beusselbrücke, Putlitzbrücke und Nordring der Bahn. Die Bahn hat den Güterbahnhof Moabit für eine weitere Bahnnutzung aufgegeben, Eigentümer der Fläche sind die Deutsche Bahn Holding, DB Service, DB Immobilien und die Vivico.

Die bezirklichen Planungsabsichten sind in der Bereichsentwicklungsplanung von 2004 beschrieben. Aus einer aktuelleren, detaillierteren Planungsunterlage ist ersichtlich, dass derzeit die an die Beusselbrücke angrenzenden Teilflächen für eine gewerbliche Nutzung vorgesehen sind. Dazu gibt es einen Interessenten, der hier einen Gastronomiegroßmarkt (15.000 m²) errichten möchte, es würden hiermit 300 bis 400 Arbeitsplätze neu geschaffen. Auf der östlichen Teilfläche ist ebenfalls Gewerbe vorgesehen, der bestehende Betrieb (Beton) kann weiter dort bleiben. Im Norden des Geländes, am Rand zur Bahn, ist der Neubau einer Straße beabsichtigt, die den Durchgangsverkehr von der Quitzowstraße aufnehmen und das Gewerbe erschließen soll. Für den Teilbereich der Fläche auf der sich der frühere Güterbahnhof Moabit befindet, ist eine Grünfläche mit Infrastruktur als Planungsziel genannt. Mit dem Park soll das Grünflächendefizit des Sanierungsgebietes Beusselstraße und der Wohngebiete im Norden Moabits an wohnungsnahem Grün gemildert werden. Die Grünfläche soll etwa 24.000 m² groß sein.

Aktuell gibt es einen Interessenten, die soccerworld Deutschland GmbH, die sich für den Bereich der beabsichtigten Grünfläche interessiert. Soccerworld möchte hier eine Halle von 7.500 m² mit Kleinspielfeldern für Hallenfussball und Gastronomie („Sportsbars“) errichten. Im Freiflächenbereich würden weitere Spielfelder, z.B. für Beachvolleyball errichtet, eine Restfläche von vielleicht 8.000 m² als Parkanlage. Im Gegenzug für die kostenlose Grundstücksüberlassung bietet soccerworld dem Land Berlin die Pflege dieser Grünfläche an. Ebenfalls hat soccerworld in bezirklichen Ausschuss-Sitzungen mögliche kostenlose Nutzungen der Sporthalle für Schulen in Aussicht gestellt. Soccerworld hat für die Realisierung der Halle hinsichtlich der Finanzierung grundsätzlich drei Optionen:

- a) Umwandlung eines bestehenden Gebäudes
- b) Neubau einer Halle bei zur Verfügung Stellung des Grundstücks (Grundstückskosten trägt Land Berlin)
- c) Neubau einer Halle und eines zusätzlichen Einzelhandelscenters

Die Option (a) entfällt an diesem Standort, da kein geeignetes Gebäude zur Verfügung steht. Option (c) ist wegen des Einzelhandelscenters ebenfalls auszuschließen. Die Bereitschaft des Landes Berlins bei Option (b) für die Grundstückskosten aufzukommen, wurde jedoch durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bereits verneint.

Norbert Onken und Renate Knöpfel (engagierte AnwohnerInnen) hatten an einer der Ausschusssitzungen teilgenommen, bei der soccerworld seine Planung vorgestellt hat. Norbert Onken weist auf die Preise hin: 3 bis 5 Euro pro Spieler und Stunde ist für Moabiter Kinder un-

erschwinglich. Offenbar zielt soccerworld auf eine andere Klientel ab. Unter anderem bieten sie ihre Hallen auch für Betriebssport an. Nach zusätzlichen Recherchen zu soccerworld im Internet besteht erhebliche Skepsis an einer positiven Wirkung für den Kiez. Renate Knöpfel bemerkt, dass sich soccerworld im Ausschuss gut verkauft hat. Sie berichtet, dass soccerworld auf eine Studie aus England hinweist, wonach eine sinkende Kriminalitätsrate zu erwarten ist. Bei der Ausschusssitzung war das Thema Grunderwerb nicht angesprochen worden.

Auffällig war den BesucherInnen der Ausschuss-Sitzung, dass die PolitikerInnen keine kritischen Fragen stellen, es war eine merkwürdige Stimmung zu verspüren. Hierzu wird ein Zusammenhang damit vermutet, dass die soccerworld Planung u.a. durch eine frühere Berliner Bezirksstadträtin als Projektentwicklerin vertreten wurde.

Helmut Rösener berichtet auf Nachfrage, dass das frühere Bahnhofsgebäude nicht unter Denkmalschutz steht. Für eine gastronomische Nutzung wäre ein Neubau vermutlich erheblich preiswerter als Sanierung und Umbau eines Teils des Altbaus des bestehenden Gebäudes.

Lars Neumann, Bezirksverordneter SPD, weist darauf hin, dass neben dem Grünflächendefizit im Bezirk auch ein erhebliches Sportflächendefizit besteht. Von daher ist es verständlich, dass die Politik darauf schaut, ob ein solches privates Angebot von soccerworld hier Abhilfe bringt. Dies mindert jedoch nicht die Bedeutung einer Parkanlage. Die Frage der Pflegekosten für Grünflächen ist für die Politik mittlerweile ein wichtiger Faktor, da eine adäquate Pflege des vorhandenen Grüns schon jetzt nicht mehr gegeben ist. Ein weiterer Gesichtspunkt bei der Fläche ist eine mögliche Altlastenbelastung, auch dies gilt es zu berücksichtigen.

Helmut Rösener beziffert die Kosten für die Pflege von Grünflächen auf 1,80 € je Quadratmeter und Jahr. Für die Investitionskosten der Grünfläche sieht er als Finanzierungsquellen Ausgleichsbeträge aus den Sanierungsgebieten, Fördermittel des Programms Stadtumbau West und Städtebauförderungsmittel. Zur Altlastenproblematik liegen Untersuchungen vor, bisher sind keine gravierenden Probleme offenkundig. Untersuchungen zur Grundwasserproblematik müssen aber noch vertieft werden. Im Hinblick auf einen Park sieht S.T.E.R.N. die Notwendigkeit eines Betreiberkonzepts, das Aspekte der sozialen Kontrolle und Pflege berücksichtigt. Es ist dabei davon auszugehen, dass die Grünfläche nachts abgeschlossen werden kann. Helmut Rösener erwähnt, dass die Ausschreibung eines Interessenbekundungsverfahrens für ein Betreiberkonzept vermutlich ein sinnvollerer Weg wäre, um einen Träger zu finden, der die Ziele bzgl. einer bewohneradäquaten Grün- und Sportflächenversorgung mit denen einer angemessenen sozialen Kontrolle und Grünflächenpflege vereinbaren kann.

Die Diskussionsbeiträge im Plenum zeigen erhebliche Skepsis gegenüber den soccerworld Absichten. Überlegungen zur Lärmdämmung gegenüber dem Straßenlärm und zur Anordnung des Parks (Bündelung der Gewerbeflächen) innerhalb des Gesamtareals sind Forderungen des Stadtteilplenums an die PlanerInnen. Renate Knöpfel regt weiterhin an, dass Mitglieder des Stadtteilplenums mehr selber an Ausschüssen der BVV als Gäste teilnehmen.